

Polizei will härter gegen Rebellen vorgehen

Die Polizei verlangte am 14. November 2000, für ein schärferes Vorgehen gegen die Separatisten in Aceh grünes Licht zu bekommen und forderte die Regierung dazu auf, das Abkommen über den Waffenstillstand, das zu Beginn des Jahres mit den Rebellen getroffen wurde, zu widerrufen. »Die Nationale Polizei fordert Präsident Abdurrahman Wahid dazu auf, die zur Zeit noch wirksame humanitäre Pause in Aceh aufzuheben«, sagte Polizeisprecher Saleh Saaf. Der Waffenstillstand wird als »humanitäre Pause« bezeichnet, da man annimmt, die Gewalt sei während dieser Phase eingedämmt. Somit könne den Opfern der Unruhen geholfen werden. Saaf sagte, die Guerilleros der GAM hätten die Waffenpause genutzt, um ihre Kräfte zu sammeln und die Si-

cherheitskräfte anzugreifen. Außerdem meinte er, die Rebellen hätten ihre Attacken auf die Polizei und die Truppen verstärkt, seit der Waffenstillstand am 2. Juni in Kraft getreten war. Saaf schien sich nicht darüber bewusst zu sein, dass Polizei und Soldaten Dutzende von Menschen in Aceh während der Waffenpause umgebracht haben. »Die Aktionen der GAM haben Unruhe bei den Menschen ausgelöst. GAM ist eine Gruppe von Separatisten, gegen die man hart vorgehen muss, weil sie uns in Misskredit gebracht hat«, sagte er. Der Sprecher war der Auffassung, die Rebellen seien brutal geworden, während sich die staatlichen Sicherheitskräfte stets an die in dem Abkommen festgelegten Regeln gehalten hätten. (Die Regeln sehen schließlich auch nicht die

Ermordung unschuldiger Zivilisten vor. In den letzten Monaten sind viele unschuldige Zivilisten von Sicherheitskräften verbrannt oder erschossen worden). Saaf forderte die Regierung dazu auf, die Rebellen »mit der Wurzel auszuheben«. »Wir werden langsam ungeduldig. Wir haben unseren Teil erfüllt, indem wir die humanitäre Pause eingehalten haben, aber die Separatisten greifen weiterhin Polizei und Soldaten an — sogar beim Beten.« Laut Saaf sind mindestens 43 Soldaten seit dem Waffenstillstand vermisst. Er wies den Vorwurf vehement zurück, die Polizei habe mehrfach das Feuer gegen Zivilisten eröffnet, um die Rebellen an der Massendemonstration zu hindern.

vgl. *Indonesian Observer, KITLV*, 14., 15.11.2000.

Die Situation in Aceh

Ein Bericht von Kontras-Aceh, der Kommission für Vermisste und Opfer der Gewalt, hat ergeben, dass am 7. und 8. November insgesamt 21 Menschen während Sicherheitsoperationen starben. Zehntausende Menschen wurden von Polizei und Militär daran gehindert, an der Massendemonstration in Banda Aceh teilzunehmen. Laut Kontras-Aceh sollen über 100 verletzt und 55 inhaftiert worden sein. Es kam zu blutigen Zwischenfällen in Banda Aceh, Banda Besar, Pidie, Bireun, Süd- und Westaceh. Im Bezirk Blang Pidie etwa, der im Süden Acehs liegt, eröffneten Truppen das Feuer auf einen Buskonvoi, der hunderte Bewohner nach Banda Aceh transportieren sollte. Dabei wurden fünf Männer getötet, als sie aus Furcht vor den Truppen aus dem Bus sprangen, sagte ein lokaler Journalist.

Die Bewohner Acehs hatten sich, zur selben Zeit wie in den letzten Jahren, versammelt, um ihrem Wunsch nach Souveränität erneut Ausdruck zu verleihen. Die Demonstranten verlangten, dass die Regierung in Jakarta die Verantwortung für die in der Provinz verübten militärischen Gräueltaten übernehmen und forderten den Rück-

zug sämtlicher Sicherheitstruppen aus Aceh. Separatisten forderten weiterhin die Vereinten Nationen dazu auf, sich für ein Unabhängigkeitsreferendum in Aceh stark zu machen. Sie sagten, fremde Autoritäten sollten sich die Bedeutung der Kriegserklärung der Niederlande an das Königreich Aceh am 26. März 1873 vergegenwärtigen. Die Separatisten argumentieren, diese Kriegserklärung sei der Beweis für die Unabhängigkeit Acehs. Sie kündigten eine weitere friedliche Massendemonstration Ende November an, falls ihre Forderungen nicht berücksichtigt werden sollten. »Wir wollen die Unabhängigkeit sofort und möchten, dass die Kämpfe aufhören«, fasste Nur Masyithah Ali, einer der Sprecher bei der Demonstration, das Anliegen der Separatisten gegenüber der Presse zusammen. Regierungsvertreter hatten geplant, sich mit den führenden Figuren der Bewegung Freies Aceh (GAM) in der Schweiz zu treffen. Die Befürworter der Unabhängigkeit Acehs hatten jedoch neue Gespräche mit der Begründung abgelehnt, die Diskussionen hätten bisher noch nie gefruchtet.

vgl. *AFP, Indonesian Observer, Kompas* 14., 15.11.2000.

nachrichten

Wahid: Die Einheit ist stabil

Trotz der Kritik, mit der sich Wahid aufgrund der nach wie vor angespannten Lage in Indonesien konfrontiert sieht, erklärte er der Presse am 12. November 2000, er »sorge sich nicht wegen einer (möglichen) Desintegration.« Dieses Statement gab er ab, während gleichzeitig etwa 50.000 Menschen in Banda Aceh, der Hauptstadt der Provinz Aceh, demonstrierten und ein Referendum für die möglichst schnelle Durchsetzung ihrer Unabhängigkeit verlangten. Auch in West Papua ist die angespannte Atmosphäre deutlich zu spüren: die Mehrheit der dort lebenden Bewohner bedauert heute zutiefst, dass West Papua jemals Indonesien einverleibt wurde.

Wahid behauptete trotz der Unruhen in seinem Land weiterhin, die Einheit des indonesischen Archipels sei so stark wie eh und je: »Ich glaube, dass nicht eine einzige Provinz aus der Einheit der indonesischen Republik ausbrechen wird«, sagte Wahid. »Ich werde niemals jene tolerieren, die dies versuchen sollten«, fügte er hinzu. Sutradara Gintings, Vertreter der Fraktion für indonesische Einheit, meinte, der größte Fehler der Regierung bestünde darin, dem Volk keinerlei Sicherheit gewähren zu können. Er hielt es weiterhin für sinnlos, angesichts der Desintegration die Bemühungen um die Stabilisierung des demokratischen Systems fortzusetzen.

vgl. *Sidney Morning Herald*, 13.11.2000.

Heftige Kritik an Wahid

Ungefähr 200 Vertreter der führenden indonesischen Parteien haben sich am 12. November 2000 getroffen und Präsident Wahid nahegelegt, sein Amt als Präsident niederzulegen. Amien Rais, Sprecher des Volksvertretungsrates (MPR), ließ verlauten, er sei bereit, Indonesien als Vizepräsident zu vertreten, falls Megawati Präsidentin werden sollte. Die Regierung kündigte jedoch an, Wahid werde darum kämpfen, sein Amt zu behalten. Megawati zeige außerdem bisher keinerlei Initiative, gegen den Präsidenten, der sie als seine »Schwester« bezeichnet, anzutreten. Die indonesische Verfassung sieht vor, dass ein Verfahren zur Absetzung des Präsidenten durch das Parlament eingeleitet werden muss. Erst dann kann der MPR darüber entscheiden.

vgl. *Sidney Morning Herald*, 13.11.2000.

nachrichten

Grenzüberfälle nehmen zu

Aus der 29. Sitzung des *General Border Committee* (GBC) in Jakarta, an dem sowohl Indonesien als auch Malaysia teilnahmen, ging hervor, dass die Zahl der Überfälle an den Grenzgebieten der beiden Staaten stark zugenommen hat. Während im letzten Jahr lediglich neun Fälle von Piraterie bekannt wurden, waren es dieses Jahr bereits 43. Der Kommandeur der indonesischen Armee Widodo vertrat in der Sitzung die indonesische Seite, während Verteidigungsminister Datuk Sri Mohd Najib bin Tun Haji Abdul Razak die malaiische Fraktion repräsentierte. Im Zuge der vielen Überfälle in den Gewässern sank die Anzahl der ausländischen Fischerboote von 1000 auf 266.

Der indonesische General erklärte, eine stärkere Überwachung der Gewässer sei angesichts des Anstiegs der Überfälle sicherlich sinnvoll. Trotzdem könne das Problem nur schrittweise angegangen werden, da die Gewässer sehr weiträumig seien und noch nicht genügend finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung stünden, um dieser Schwierigkeit zu begegnen. Im Verlauf der Sitzung wurde zudem beklagt, der Waffenschmuggel von Malaysia nach Aceh nehme ebenfalls zu. Der Verteidigungsminister Malaysias antwortete daraufhin: »Wir unterstützen diese Aktion nicht, und wir werden jegliche Form dieses Schmuggels unterbinden.«

vgl. *Maluku-net*, 15.11.2000, vgl. *KITLV, Kompas*, 14., 15.11.2000.

Suche nach »Tommy«

Die Polizei ist auf der Suche nach dem jüngsten Sohn von Ex-Präsident Soeharto, dem 38-jährigen Hutomo Mandala Putra, allgemein bekannt als Tommy. Der Geschäftsmann und Multimillionär wurde am 3. November für flüchtig erklärt, nachdem er die 18-monatige Haftstrafe, zu dem ihm ein Gericht wegen Korruption verurteilt hatte, nicht anerkennen wollte und spurlos verschwand. Mehrere Polizisten in Zivil durchsuchten Soehartos Villa am 15. November in Zentral-Jakarta, fanden aber keine Spur von Tommy. »Wir haben jeden Raum durchsucht, der als Versteck geeignet gewesen wäre inklusive Soehartos Zimmer, aber Tommy konnten wir nirgends finden«, sagte Polizeikommissar Montolalu den Journalisten. Auch die Häuser

von Tommys Geschwistern waren schon erfolglos durchsucht worden. Der Anklagevertreter Antasari Azhar erklärte der Presse, Tommys Residenz solle noch am selben Tag versiegelt werden. »Das Haus wird als zusätzliche Sicherheit benutzt, falls Tommy es ablehnt, seine 30 Milliarden Rupien (3,23 Millionen US-Dollar) zurückzuzahlen«, sagte Azhar. Das Gericht hatte Tommy und seinen Geschäftspartner Richard Gelael für schuldig erklärt, dem Staat einen Schaden von 10,7 Millionen US-Dollar durch Schiebung von Ländereien zugefügt zu haben. Tommy und seine Geschwister kontrollieren nach wie vor einige der größten Firmenketten in Indonesien.

vgl. *AFP*, 14.11.2000

Stärkere Vertretung der Laskar Jihad

Eine weitere Gruppe von Anhängern der islamischen Organisation Laskar Jihad von 415 Menschen ist am 11. November 2000 in Ambon angekommen. Insgesamt befinden sich nun nach Angaben von Maluku-net 15.219 Vertreter der Laskar Jihad auf den Molukken. Laut Angaben des Anführers der Gruppe Muhammad Ghifari ist ihre Mission mit der vorhergegangener »Verschiffungen« gleichzusetzen: ihre Muslimbrüder und -schwestern speziell in Am-

bon, Saparua und Ceram zu unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Sozialarbeit, der medizinischen Versorgung sowie dem Wiederaufbau zerstörter Häuser und anderer Einrichtungen. Um ihre gute Absicht unter Beweis zu stellen, hatten die Mitglieder der Laskar Jihad die passenden Geräte bei sich (Werkzeuge, Medizin etc.).

vgl. *Maluku-net*, 15.11.2000, vgl. *KITLV, Kompas*, 14., 15.11.2000.

Lage auf den Molukken stabil?

Im Gegensatz zu den Krisenregionen Aceh und West Papua scheint es auf den Molukken zur Zeit auf den ersten Blick ruhig zu sein. Die Zahl der Menschen, die den Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen zum Opfer fielen, nimmt beständig ab. Trotzdem ist die Situation immer noch von Spannung und Angst der beiden religiösen Fronten voreinander geprägt. Zudem kommt es immer wieder zu kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen. So sind beispielsweise auch die

internen Konflikte der zivilen »Krieger« von Kudamati zu nennen. Diese Gruppe spaltet sich mittlerweile in die sogenannte »Coker«-Gruppe und die Anhänger der Führungsperson Agus Wattimena auf. »Coker« ist die Abkürzung für Cowo-Cowo Keren (Ambonesisch: mutige Jugendliche). Der regelmäßige Kampf der beiden Fraktionen geht mit großer Zerstörungswut einher und oft werden Häuser und Fahrzeuge niedergebrannt.

vgl. *Maluku-net*, 15.11.2000, vgl. *KITLV, Kompas*, 14., 15.11.2000.

Keine

Rekonstruktion

Der christliche Doulos-Komplex in Cipayung, Ost-Jakarta, der letztes Jahr von einem Mob zerstört wurde, soll so lange nicht wieder aufgebaut werden, bis die Stiftung eine Strafe von zwei Milliarden Rupien (215.000 US Dollar) wegen Landmissbrauchs bezahlt hat, so ein städtischer Beamter. Laut des Chefs für städtische Planung Ahmadin Ahmad war das Grundstück des Komplexes als öffentliches Parkland eingestuft. Vertreter der Doulos-Stiftung, der ein theologisches Institut sowie ein Rehabilitationszentrum für Drogenabhängige angegliedert waren, waren über den Landmissbrauch informiert worden, hatten sich aber geweigert, die Strafe zu bezahlen, so Ahmadin. »Sie müssen die Summe zuerst begleichen, bevor sie die Kirche wieder aufbauen dürfen und garantieren, dass so etwas nicht noch einmal passiert«, sagte Ahmadin. Er fügte hinzu, der Komplex sei ohne eine Baubauungsurlaubnis errichtet worden.

Der Angriff auf die christliche Einrichtung entsetzte sowohl Muslimen als auch Christen in Jakarta, als im Dezember 1999 etwa 300 mit Gewehren und Molotowcocktails ausgerüstete Menschen den Komplex stürmten und den 2,7 Hektar großen Komplex bis auf die Grundfesten abbrannten. Anlässlich des Vorfalls wurde erst aufgedeckt, dass die Stiftung weder eine Lizenz zum Bebauen des Grundstücks noch eine Erlaubnis dazu hatte, ein theologisches Institut oder ein Rehabilitationszentrum zu errichten. Die Vertreter der Stiftung, die nun sogar ein größeres Zentrum als zuvor errichten möchten, empören sich darüber, dass sie trotz des guten Zweckes immer noch eine Lizenz vorlegen müssten. Bis der Fall endgültig geklärt ist, werden wohl noch einige Monate vergehen.

vgl. *Indonesian Observer*, 15.11.2000.